

Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 13. bis 16. März 2017

[09-03-2017 - 17:23]

Plenartagung

Debatte zu den Ergebnissen des jüngsten EU-Gipfels und zur „Erklärung von Rom“ 3

In der Hauptdebatte am Mittwoch werden die Abgeordneten eine Bilanz der Ergebnisse des Europäischen Rates vom 9.-10. März ziehen und die "Erklärung von Rom" zum 60. Jahrestag der römischen Verträge mit dem Vorsitzenden des Europäischen Rates Donald Tusk, dem EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker, Maltas stellvertretendem Ministerpräsidenten Louis Grech und Italiens Ministerpräsidenten Paolo Gentiloni erörtern.

Stärkung der Aktionärsrechte in EU-Unternehmen: Endgültige Abstimmung 4

Entscheidungen von EU-Unternehmen sollen stärker auf langfristige Ziele ausgerichtet werden, indem das Engagement der Aktionäre gestärkt und diesen das Recht eingeräumt wird, über die Managergehälter abzustimmen. Die Unternehmen erhalten auch die Möglichkeit, die Identität ihrer Anteilseigner leichter herauszufinden. Entsprechende neue Anforderungen stehen am Montag zur Diskussion und am Dienstag zur Abstimmung.

Konfliktmineralien: Parlament will verbindliche Sorgfaltspflicht für Importeure . . . 5

Am Donnerstag stimmt das Parlament über eine Verordnung ab, mit der die Finanzierung bewaffneter Gruppen sowie Menschenrechtsverletzungen durch Handel mit Mineralien aus Krisengebieten gestoppt werden sollen. Dieses Gesetz zu sogenannten „Konfliktmineralien“ wird selbst die kleinsten EU-Einführer von Mineralien (Zinn, Wolfram, Tantal, Gold) zu Sorgfaltsprüfungen ihrer Lieferanten verpflichten.

Lebensmittelkontrollen: Strengere Überwachung vom Erzeuger bis zum Verbraucher 7

Am Mittwoch stimmen die Abgeordneten über eine geplante Verschärfung der Lebensmittelkontrollen in der gesamten Lebensmittelversorgungskette vom Erzeuger bis zum Verbraucher ab. Der von Parlament und Rat bereits informell vereinbarte Gesetzentwurf zielt darauf ab, die Rückverfolgbarkeit der Lebensmittel zu verbessern, Betrug zu bekämpfen und das Vertrauen der Verbraucher in die Integrität der Lebensmittelkette wiederherzustellen.

Abfallrecht: Mehr Recycling, weniger Deponierung 8

Im Jahr 2030 sollen 70% allen Hausmülls recycelt werden müssen. So steht es in einem Gesetzentwurf, der am Dienstag zur Abstimmung steht. Heute liegt der Anteil bei 44%. Auch die Ablagerung von Abfällen auf Deponien, die große Umweltauswirkungen zur Folge hat, soll durch das „Abfallpaket“ auf 5% verringert werden, wie auch die Verschwendung von Lebensmitteln um die Hälfte bis 2030.

„Global Gag Rule“ der USA gegen Abtreibung: Debatte mit EU-Außenbeauftragter 10

Im Mittelpunkt einer Debatte mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini am Dienstag ab 15:00 Uhr steht die sogenannte „Global Gag Rule“, mit der ausländische Nichtregierungsorganisationen, die Beihilfen für den Bereich Familienplanung aus öffentlichen Mitteln erhalten, daran gehindert werden, ihre eigenen Finanzmittel, die nicht aus offiziellen US-Quellen stammen, zu nutzen, um legale Abtreibungsdienste, medizinische Beratung oder Empfehlungen für Abtreibungen anzubieten.

Härteres EU-Waffenrecht: Keine Waffen in falschen Händen 11

Ein überarbeitetes EU-Schusswaffengesetz, das Sicherheitslücken schließen und gleichzeitig die Anliegen rechtmäßiger Waffennutzer berücksichtigen soll, wird am Dienstag im Parlament debattiert und abgestimmt. Die neue Regelung verschärft die Kontrollen von unscharfen und unzureichend deaktivierten Waffen wie denen, die



Plenartagung

bei den Pariser Anschlägen verwendet wurden.

Debatte zur Sicherheitsagenda ein Jahr nach den Anschlägen in Brüssel	13
Am Mittwoch erörtern die Abgeordneten die Fortschritte der europäischen Sicherheitsagenda seit den Terroranschlägen vom 22. März 2016 in Brüssel. Vorrangige Themen sind die Verbesserung des Informationsaustausches, die Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung, die Prävention von Radikalisierung und die Überwachung der Land- und Seegrenzen der EU.	
EU-Kommission soll Haltung zur deutschen Pkw-Maut klarstellen	14
Die überarbeiteten Pläne für ein deutsches Mautsystem weisen „noch immer Elemente auf, die einen Verstoß gegen das EU-Recht darstellen“, unterstreichen die Abgeordneten in einem Entschließungsentwurf, über den sie am Mittwoch abstimmen.	
Debatte zur Überprüfung der Finanzierung europäischer politischer Parteien . . .	16
Eine Anfrage an die Kommission, gemeinsam mit dem Parlament das Statut und die Finanzierung europäischer politischer Parteien und Stiftungen zu überprüfen, steht am Donnerstag im Zentrum einer Plenardebatte. Die Abgeordneten beabsichtigen unter anderem, die bestehenden Kontrollen, mit denen sichergestellt wird, dass die Fraktionen des Europäischen Parlaments die Grundwerte der EU achten, zu verstärken.	
Weitere Tagesordnungspunkte	17

Armin WISDORFF	BXL: (+32) 2 28 40924 STR: (+33) 3 881 73780 PORT: +32 498 98 13 45 EMAIL: presse-DE@europarl.europa.eu
Michaela FINDEIS	BXL: (+32) 2 28 31141 STR: (+33) 3 881 73603 PORT: (+32) 498 98 33 32 TWITTER: EPCulture EMAIL: presse-DE@europarl.europa.eu
Judit HERCEGFALVI	STR: (+33) 3 881 64025 PORT: (+49) 151 172 57 196
Huberta HEINZEL	STR: (+33) 3 881 74646 PORT: (+43) 676 550 3126
http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/plenary	

Weitere Informationen

- [Tagesordnung](#)
- [Live-Übertragungen der Plenartagung auf EP Live](#)
- [Europarl TV](#)
- [Pressekonferenzen und weitere Veranstaltungen auf EP Live](#)
- [Webseite des Audiovisuellen Dienstes des EP \(EN\)](#)
- [EP Newshub](#)
- [EPRS-Plenar-Podcasts zu zentralen Themen](#)

Plenartagung

Debatte zu den Ergebnissen des jüngsten EU-Gipfels und zur „Erklärung von Rom“

In der Hauptdebatte am Mittwoch werden die Abgeordneten eine Bilanz der Ergebnisse des Europäischen Rates vom 9.-10. März ziehen und die "Erklärung von Rom" zum 60. Jahrestag der römischen Verträge mit dem Vorsitzenden des Europäischen Rates Donald Tusk, dem EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker, Maltas stellvertretendem Ministerpräsidenten Louis Grech und Italiens Ministerpräsidenten Paolo Gentiloni erörtern.

Debatte: Mittwoch, den 15. März

Verfahren: Erklärungen von Rat und Kommission mit anschließender Debatte

#EUCO

Weitere Informationen

- [Tagesordnung, Europäischer Rat, 09.-10.03.2017](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Plenartagung

Stärkung der Aktionärsrechte in EU-Unternehmen: Endgültige Abstimmung

Entscheidungen von EU-Unternehmen sollen stärker auf langfristige Ziele ausgerichtet werden, indem das Engagement der Aktionäre gestärkt und diesen das Recht eingeräumt wird, über die Managergehälter abzustimmen. Die Unternehmen erhalten auch die Möglichkeit, die Identität ihrer Anteilseigner leichter herauszufinden. Entsprechende neue Anforderungen stehen am Montag zur Diskussion und am Dienstag zur Abstimmung.

Mit diesen Bestimmungen, auf die sich Parlament und Rat im Dezember 2016 bereits geeinigt haben, sollen Aktionäre das Recht erhalten, über die Vergütungspolitik ihres Unternehmens abzustimmen, um zu gewährleisten, dass die Gehälter der Manager mit deren langfristigen Leistungen in Einklang sind.

Sie würden es den Unternehmen auch ermöglichen, die Identität ihrer Anteilseigner leichter herauszufinden. Damit soll ihnen auch die Umsetzung der Aktionärsrechte erleichtert werden, einschließlich des Rechts auf Teilnahme und Abstimmung in den Hauptversammlungen.

Mehr Transparenz würden die neuen Regeln zugleich in das Handeln von institutionellen Investoren und Vermögensverwaltern bringen, die oft wichtige Aktionäre von börsennotierten Unternehmen in der EU sind, und sich so ihre längerfristigen Anlagestrategien stärker zu eigen machen sollen.

Debatte: Montag, den 13. März

Abstimmung: Dienstag, den 14. März

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), Einigung in erster Lesung

Pressekonferenz: Dienstag, den 14. März um 16:00 Uhr, mit dem Berichterstatter und der EU-Kommissarin Věra Jourová

Weitere Informationen

- [Berichtsentwurf zur Förderung der langfristigen Einbeziehung der Aktionäre](#)
- [Pressemitteilung zur Einigung zwischen Rat und Parlament:](#)
- [Berichterstatter Sergio Gaetano Cofferati \(S&D, IT\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Plenartagung

Konfliktminerale: Parlament will verbindliche Sorgfaltspflicht für Importeure

Am Donnerstag stimmt das Parlament über eine Verordnung ab, mit der die Finanzierung bewaffneter Gruppen sowie Menschenrechtsverletzungen durch Handel mit Mineralien aus Krisengebieten gestoppt werden sollen. Dieses Gesetz zu sogenannten „Konfliktmineralien“ wird selbst die kleinsten EU-Einführer von Mineralien (Zinn, Wolfram, Tantal, Gold) zu Sorgfaltsprüfungen ihrer Lieferanten verpflichten.

Große Hersteller müssen außerdem offenlegen, wie sie sicherstellen wollen, dass die neuen Vorschriften schon an der Quelle eingehalten werden.

In dem informell vereinbarten Text, der durch die Abstimmung gebilligt werden soll, konnten die Abgeordneten gegenüber den Mitgliedstaaten durchsetzen, dass die Erfüllung der Sorgfaltspflicht in Einklang mit den [OECD-Leitlinien](#) für die meisten Importeure von Zinn, Tantal und Wolfram, deren Erzen und Gold aus Konflikt- und Hochrisikogebieten verpflichtend wird.

Importeure geringer Mengen wie Zahnärzte oder Schmuckhersteller werden von den Regeln ausgenommen, um unverhältnismäßige bürokratische Hürden zu vermeiden. Große EU-Unternehmen, die diese Mineralien für ihre Erzeugnisse kaufen, werden aufgefordert, ihre Praxis der Beschaffung offenzulegen und können sich dann in ein EU-Register aufnehmen lassen.

Die nächsten Schritte

Sobald Parlament und Rat die Vereinbarung gebilligt haben, wird der Text im Amtsblatt der EU veröffentlicht. Die neue Verordnung gilt ab dem 21. Januar 2021. So sollen die Mitgliedstaaten genug Zeit bekommen, die zuständigen Behörden zu benennen, und die Importeure, um sich mit ihren neuen Verpflichtungen vertraut zu machen. Die EU-Kommission muss die Wirksamkeit des neuen Gesetzes regelmäßig überprüfen und kann weitere Pflichtmaßnahmen vorschlagen.

Hintergrundinformationen

Länder mit vielen Bodenschätzen, die Schauplatz von Konflikten sind, können in einen Teufelskreis geraten, bei dem die Einnahmen aus dem illegalen Abbau von Rohstoffen zur Unterstützung bewaffneter Aufstände verwendet werden. Die Verordnung betrifft alle Konflikt- und Hochrisikogebiete wie zum Beispiel die Demokratische Republik Kongo und die Region der Großen Seen. Zinn, Tantal, Wolfram und Gold werden bei der Herstellung vieler Hightechgeräte verwendet, sowie in der Auto-, Elektronik-, Luftfahrt- Verpackungs-, Bau- und Beleuchtungsindustrie sowie bei der Herstellung von Industriemaschinen und Werkzeugen, und bei der Schmuckherstellung.

Debatte: Mittwoch, den 15. März

Abstimmung: Donnerstag, den 16. März

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), Einigung in erster Lesung

#conflictminerals

Plenartagung

Weitere Informationen

- [Pressemitteilung zur Einigung zwischen Parlament und Rat \(22. November 2016\)](#)
- [EP-Hintergrundinformationen: Einfuhr von Mineralien aus Konfliktgebieten \(Mai 2015, auf Englisch\)](#)
- [Berichterstatte lulu Winkler \(EVP, RO\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Plenartagung

Lebensmittelkontrollen: Strengere Überwachung vom Erzeuger bis zum Verbraucher

Am Mittwoch stimmen die Abgeordneten über eine geplante Verschärfung der Lebensmittelkontrollen in der gesamten Lebensmittelversorgungskette vom Erzeuger bis zum Verbraucher ab. Der von Parlament und Rat bereits informell vereinbarte Gesetzentwurf zielt darauf ab, die Rückverfolgbarkeit der Lebensmittel zu verbessern, Betrug zu bekämpfen und das Vertrauen der Verbraucher in die Integrität der Lebensmittelkette wiederherzustellen.

Die Gesetzgebung wird ein umfassendes, integriertes und effektiveres Kontrollsystem in den Bereichen Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit, Veterinär- und Pflanzenschutz, ökologische Erzeugung und bei den geschützten geografischen Angaben einführen.

Die jüngsten Fälle von Lebensmittelbetrug wie der Pferdefleischskandal haben gezeigt, dass die zuständigen Behörden wirksamer handeln müssen, um die Verbraucher und ehrliche Marktteilnehmer gleichermaßen gegen Risiken zu schützen, die sich aus Verstößen gegen die für die Lebensmittelversorgungskette geltenden Vorschriften ergeben.

Debatte: Dienstag, den 14. März

Abstimmung: Mittwoch, den 15. März

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), Einigung in zweiter Lesung

#officialcontrols #foodfraud

Weitere Informationen

- [Empfehlung für die zweite Lesung](#)
- [Pressemitteilung zur Einigung mit dem Rat \(16.06.2016, auf Englisch\)](#)
- [Berichterstatterin Karin Kadenbach \(S&D, AT\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [EP-Hintergrundinformationen: "Fighting food fraud" \(auf Englisch\)](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Plenartagung

Abfallrecht: Mehr Recycling, weniger Deponierung

Im Jahr 2030 sollen 70% allen Hausmülls recycelt werden müssen. So steht es in einem Gesetzentwurf, der am Dienstag zur Abstimmung steht. Heute liegt der Anteil bei 44%. Auch die Ablagerung von Abfällen auf Deponien, die große Umweltauswirkungen zur Folge hat, soll durch das „Abfallpaket“ auf 5% verringert werden, wie auch die Verschwendung von Lebensmitteln um die Hälfte bis 2030.

Bis 2030 soll das Recycling oder die Vorbereitung zur Wiederverwertung von Siedlungsabfällen (von Haushalten und Kleinunternehmen) auf mindestens 70 Gewichtsprozent der erzeugten Siedlungsabfälle pro Person erhöht werden. Die EU-Kommission hatte 65% vorgeschlagen.

Für Verpackungsmaterial wie Papier und Pappe, Plastik, Glas, Metall und Holz schlagen die Abgeordneten ein Recyclingziel von 80% bis 2030 vor, mit Zwischenzielen für 2025 für jedes Material.

Hintergrundinformationen

Im Jahr 2014 haben Österreich, Belgien, Dänemark, Deutschland, die Niederlande und Schweden praktisch keinen Hausmüll auf Deponien abgelagert, während Zypern, Kroatien, Griechenland, Lettland und Malta noch mehr als drei Viertel ihrer Siedlungsabfälle auf diese Weise entsorgen.

Obwohl sich die Abfallentsorgung in der EU in den letzten Jahrzehnten erheblich verbessert hat, wird fast ein Drittel der Siedlungsabfälle noch auf Deponien abgelagert, und weniger als die Hälfte wird recycelt oder kompostiert, wobei zwischen den verschiedenen Mitgliedstaaten große Unterschiede bestehen..

Die Verbesserung der Abfallentsorgung könnte Vorteile für die Umwelt, das Klima, die menschliche Gesundheit und die Wirtschaft bieten. Im Rahmen einer Verlagerung der EU-Politik in Richtung einer Kreislaufwirtschaft hat die EU-Kommission vier Legislativvorschläge zur Einführung neuer Ziele im Bereich der Abfallentsorgung in Bezug auf Wiederverwendung, Recycling und Deponierung vorgelegt.

Die Vorschläge verschärfen ebenfalls die EU-Bestimmungen zur Abfallvermeidung und Ausweitung der Erzeugerhaftung. Sie vereinheitlichen Begriffsbestimmungen, Berichtspflichten und die Berechnungsmethoden für die jeweiligen Ziele.

Debatte: Dienstag, den 14. März

Abstimmung: Dienstag, den 14. März

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), erste Lesung

Pressekonferenz: Mittwoch (noch nicht bestätigt)

#waste #recycling #landfilling #circulareconomy

Plenartagung

Weitere Informationen

- [Berichtsentwurf zur Änderung der Richtlinie über Abfälle](#)
- [Berichtsentwurf zur Änderung der Richtlinie über Verpackungen und Verpackungsabfälle](#)
- [Berichtsentwurf zur Änderung der Richtlinie über Abfalldeponien](#)
- [Berichtsentwurf zur Änderung der Richtlinien über Altfahrzeuge, über Batterien und Akkumulatoren sowie Altbatterien und Alttakkumulatoren und über Elektro- und Elektronik-Altgeräte](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(24.01.2017\)](#)
- [Berichterstatterin Simona Bonafè \(S&D, IT\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten - Abfälle](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten - Verpackungen und Verpackungsabfälle Abfälle](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten - Abfalldeponien](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten - Altfahrzeuge, Batterien und Akkumulatoren etc.](#)
- [Infografik](#)
- [EP-Hintergrundinformationen: "Circular economy package" \(auf Englisch\)](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Plenartagung

„Global Gag Rule“ der USA gegen Abtreibung: Debatte mit EU-Außenbeauftragter

Im Mittelpunkt einer Debatte mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini am Dienstag ab 15:00 Uhr steht die sogenannte „Global Gag Rule“, mit der ausländische Nichtregierungsorganisationen, die Beihilfen für den Bereich Familienplanung aus öffentlichen Mitteln erhalten, daran gehindert werden, ihre eigenen Finanzmittel, die nicht aus offiziellen US-Quellen stammen, zu nutzen, um legale Abtreibungsdienste, medizinische Beratung oder Empfehlungen für Abtreibungen anzubieten.

Der [entsprechende Erlass](#) wurde vom amerikanischen Präsidenten Donald Trump am 23. Januar 2017 unterschrieben.

Debatte: Dienstag, den 14. März

Verfahren: Erklärung der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini

Weitere Informationen

- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Plenartagung

Härteres EU-Waffenrecht: Keine Waffen in falschen Händen

Ein überarbeitetes EU-Schusswaffengesetz, das Sicherheitslücken schließen und gleichzeitig die Anliegen rechtmäßiger Waffennutzer berücksichtigen soll, wird am Dienstag im Parlament debattiert und abgestimmt. Die neue Regelung verschärft die Kontrollen von unscharfen und unzureichend deaktivierten Waffen wie denen, die bei den Pariser Anschlägen verwendet wurden.

Außerdem schreiben die Regeln den EU-Ländern ein Überwachungssystem für die Ausstellung oder Verlängerung von Lizenzen und zum Informationsaustausch vor.

Die EU-Feuerwaffen-Richtlinie regelt, wie Privatpersonen rechtmäßig Schusswaffen erwerben, besitzen oder in ein anderes EU-Land überführen dürfen.

Die vorläufige Vereinbarung wurde im Dezember letzten Jahres von Verhandlungsführern des Parlaments und des Rates ausgehandelt. Sie hat zum Ziel, die Interessen rechtmäßiger Schusswaffenbesitzer wie Sportschützen, Jäger, Reservisten, Sammler und Nachsteller (z.B. historischer Ereignisse) mit dem öffentlichen Interesse an mehr Sicherheit in Europa in Einklang zu bringen..

Weitere Informationen zur überarbeiteten Richtlinie finden Sie in diesem [Hintergrundbericht](#).

Die nächsten Schritte

Sobald die Richtlinie vom Parlament und vom EU-Ministerrat verabschiedet sein wird, haben die Mitgliedsstaaten ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens 15 Monate Zeit, um die neuen Regelungen in nationales Recht umzusetzen. Innerhalb von 30 Monaten müssen sie ein Datenbanksystem zur Registrierung der zur Rückverfolgung und Identifizierung von Feuerwaffen nötigen Informationen einrichten.

Hintergrundinformationen

In der [Europäischen Sicherheitsagenda](#) für die Jahre 2015-2020 hat die EU-Kommission eine Überprüfung der aktuell geltenden Feuerwaffen-Rechtsvorschriften für das Jahr 2016 angekündigt, um den Austausch von Informationen und die Rückverfolgbarkeit von Waffen zu verbessern, sowie eine einheitliche Kennzeichnung und gemeinsame Standards für die Neutralisierung von Feuerwaffen einzuführen. Vor dem Hintergrund der terroristischen Anschläge in Europa im Jahr 2015 hat die Kommission entschieden, diese Arbeit zu beschleunigen. Die Überarbeitung der EU-Feuerwaffen-Richtlinie wurde im November 2015 von der Kommission vorgeschlagen. Im Dezember haben sich Parlament und Rat auf einen Kompromiss geeinigt.

Debatte: Dienstag, den 14. März

Abstimmung: Dienstag, den 14. März

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), Einigung in erster Lesung

#guncontrol #firearms

Plenartagung

Weitere Informationen

- [Kompromißtext](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(26.01.2017\)](#)
- [Berichterstatterin Vicky Ford \(EKR, UK\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [EP-Hintergrundinformationen: "Control of the acquisition and possession of weapons" \(auf Englisch\)](#)
- [Pressemitteilung des Rates \(20.12.2016\)](#)
- [Pressemitteilung der Kommission \(20.12.2016\)](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Plenartagung

Debatte zur Sicherheitsagenda ein Jahr nach den Anschlägen in Brüssel

Am Mittwoch erörtern die Abgeordneten die Fortschritte der europäischen Sicherheitsagenda seit den Terroranschlägen vom 22. März 2016 in Brüssel. Vorrangige Themen sind die Verbesserung des Informationsaustausches, die Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung, die Prävention von Radikalisierung und die Überwachung der Land- und Seegrenzen der EU.

Zu den Vorstößen der EU im vergangenen Jahr gehören unter anderem die Richtlinie über die Verwendung von Fluggastdatensätzen (PNR), die zur Verfolgung von Terroristen beitragen soll, die Überarbeitung der Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung sowie neue Bestimmungen, sämtliche Personen, die in die EU einreisen, an den Außengrenzen zu überprüfen.

Weitere geplante Initiativen sind die Überprüfung des Schengener Informationssystems und des Europäischen Strafregisterinformationssystems sowie die Einrichtung eines neuen Europäischen Reiseinformations- und -genehmigungssystems (ETIAS), um Reisende, die für die Einreise in EU kein Visum brauchen, vorab zu überprüfen zu können.

In September 2016 wurde Julian King zum neuen Kommissionmitglied mit Zuständigkeit für die Sicherheitsunion ernannt, ein neu geschaffenes Ressort.

Aussprache über ein aktuelles Thema

Die neue Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments ([Artikel 153a](#)) sieht die Möglichkeit vor, je Plenartagung eine Aussprache über ein aktuelles Thema, das für die Politik der Europäischen Union von großem Interesse ist, abzuhalten. Jede Fraktion hat das Recht, für mindestens eine solche Aussprache pro Jahr ein aktuelles Thema ihrer Wahl vorzuschlagen.

Debatte: Mittwoch, den 15. März

Verfahren: Aussprache über ein aktuelles Thema

#PNR #SecurityUnion

Plenartagung

EU-Kommission soll Haltung zur deutschen Pkw-Maut klarstellen

Die überarbeiteten Pläne für ein deutsches Mautsystem weisen „noch immer Elemente auf, die einen Verstoß gegen das EU-Recht darstellen“, unterstreichen die Abgeordneten in einem Entschließungsentwurf, über den sie am Mittwoch abstimmen.

Das ursprüngliche Pkw-Maut-Modell, das am 8. Juni 2015 angenommen wurde, hätte den deutschen Fahrern erlaubt, die Maut von der Kfz-Steuer abzuziehen. Da ausländischen Fahrern diese Möglichkeit nicht offensteht, bedeute dies ein Verstoß gegen die EU-Vorschriften über die Nichtdiskriminierung, [so die EU-Kommission](#).

Diese hatte am 18. Juni 2015 ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet, dann aber ausgesetzt, nachdem sie sich mit dem Bundesverkehrsministerium am 1. Dezember 2016 auf eine überarbeitete Regelung geeinigt hatte.

Sie hat am 18. Juni 2015 ein [Vertragsverletzungsverfahren](#) gegen Deutschland eingeleitet, das sie dann nach einer [Einigung](#) mit dem Bundesministerium für Verkehrsinfrastruktur am 1. Dezember 2016 auf eine überarbeitete Regelung ausgesetzt hat.

Die Abgeordneten heben jedoch hervor, dass das überarbeitete System noch immer keine zusätzlichen Belastungen für deutsche Autobahnnutzer bringt, und deshalb weiterhin als „indirekte Diskriminierung auf Grundlage der Staatsangehörigkeit“ zu betrachten ist. So steht es in einem Entschließungsentwurf des Ausschusses für Verkehr und Fremdenverkehr. Die Abgeordneten fordern die Kommission daher auf, zu erklären, warum sie die überarbeiteten Pläne für ausreichend hielt, um die Aussetzung des Vertragsverletzungsverfahrens zu rechtfertigen.

Hintergrundinformationen

Auf Grundlage des Benutzer-/Verursacherprinzips haben viele EU-Länder eine Pkw-Maut für bestimmte Teile ihres Straßennetzes eingeführt. Auch wenn sie sich in der Aus- und Preisgestaltung unterscheiden, gelten die verschiedenen Mautsysteme für alle Benutzer gleich.

- *Irland, Frankreich, Spanien, Portugal, Polen, Kroatien, Griechenland und Italien berechnen streckenbezogene Gebühren;*
- *Österreich, Slowenien, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Bulgarien und Rumänien nutzen zeitabhängige „Vignetten“-Systeme;*
- *Deutschland, die nordischen und baltischen Länder, Benelux und der größte Teil des Vereinigten Königreichs verlangen keine Gebühren für die meisten ihrer Straßennetze.*

Debatte: Mittwoch, den 15. Februar

Abstimmung: Mittwoch, den 15. März

Verfahren: Nichtlegislative Entschließung

Plenartagung

Weitere Informationen

- [Entschließungsentwurf](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(28.02.2016, auf Englisch\)](#)
- [Video der Plenardebatte \(15.02.2017\)](#)
- [Anfrage zur mündlichen Beantwortung an die Kommission \(Plenardebatte am 15.02.2017\)](#)
- [EU-Kommission: Pressemitteilung - „EU-Kommission und Deutschland einigen sich auf gerechte und diskriminierungsfreie Maut“ \(01.12.2016\)](#)
- [EU-Kommission: Pressemitteilung - Kommission leitet bezüglich „PKW-Maut“ Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland ein \(18.06.2015\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Plenartagung

Debatte zur Überprüfung der Finanzierung europäischer politischer Parteien

Eine Anfrage an die Kommission, gemeinsam mit dem Parlament das Statut und die Finanzierung europäischer politischer Parteien und Stiftungen zu überprüfen, steht am Donnerstag im Zentrum einer Plenardebatte. Die Abgeordneten beabsichtigen unter anderem, die bestehenden Kontrollen, mit denen sichergestellt wird, dass die Fraktionen des Europäischen Parlaments die Grundwerte der EU achten, zu verstärken.

Eine solche Überprüfung wurde bereits von den Vorsitzenden von drei Fraktionen des Europäischen Parlaments, nämlich der Fraktion der Europäischen Volkspartei (PPE), der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten (S&D) und der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE), am 22. April 2016 gefordert.

Debatte: Donnerstag, den 16. März

Verfahren: Anfrage zur mündlichen Beantwortung an die Kommission

Weitere Informationen

- [Mündliche Anfrage zur Überprüfung der Verordnung über das Statut und die Finanzierung europäischer politischer Parteien und europäischer politischer Stiftungen](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Plenartagung

Weitere Tagesordnungspunkte

Weitere Themen auf der Tagesordnung

- Eine integrierte Politik der EU für die Arktis - Bericht: Urmas Paet, Sirpa Pietikäinen, *Debatte Montag, Abstimmung Dienstag*
- Geldmarktfonds - Bericht: Neena Gill, *Debatte Mittwoch, Abstimmung Donnerstag*
- Bericht 2016 über Montenegro - Bericht: Charles Tannock, *Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch*
- Bericht 2016 über die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien - Bericht: Ivo Vajgl, *Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch*
- Verfassungsmäßige, rechtliche und institutionelle Auswirkungen einer Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik: Möglichkeiten aufgrund des Vertrags von Lissabon - Bericht: Michael Gahler, Esteban González Pons, *Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch*
- Mindestanforderungen für den Schutz von Nutzkaninchen - Bericht: Stefan Eck, *Debatte Montag, Abstimmung Dienstag*
- Verantwortliche Tierhaltung und Pflege von Equiden - Bericht: Julie Girling, *Debatte Montag, Abstimmung Dienstag*
- Leitlinien für den Haushaltsplan 2018 – Einzelplan III (Kommission) - Bericht: Siegfried Mureşan, *Debatte Mittwoch, Abstimmung Donnerstag*
- Hürden, die EU-Bürger daran hindern, sich innerhalb des Binnenmarktes frei zu bewegen und zu arbeiten – Entschließungsantrag, *Abstimmung Mittwoch*
- Gleichstellung von Frauen und Männern in der EU 2014–2015 - Bericht: Ernest Urtasun, *Debatte Montag, Abstimmung Dienstag*
- Nutzung des Frequenzbands 470–790 MHz in der Union - Bericht: Patrizia Toia (COD), *Debatte Mittwoch, Abstimmung Donnerstag*
- „E-Demokratie“ - Bericht Ramón Jauregui (INI), *Debatte Mittwoch, Abstimmung Donnerstag*
- Folgen von Massendaten für die Grundrechte - Bericht: Ana Gomes (INI), *Debatte Montag, Abstimmung Dienstag*
- Quecksilber - Bericht: Stefan Eck (COD), *Debatte Montag, Abstimmung Dienstag*
- Prioritäten der EU im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen (UNHRC) im Jahre 2017, *Abstimmung Donnerstag*